

Bericht des Gemeinderats

Interfraktionelles Postulat GB/JAI, SP, GLP (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JAI/Lena Sorg, SP/Lilian Tobler, GLP/Janine Wicki, GFL/Rolf Zbinden, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL) vom 8. Mai 2014: Für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern! (2014.SR.000140)

In der Stadtratssitzung vom 10. März 2016 wurde das folgende interfraktionelle Postulat GB/JAI, SP, GLP erheblich erklärt:

In einer Demokratie wie der Schweiz, die sich den Menschenrechten verpflichtet, müssen vielfältige Formen von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität gelebt werden können. Homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen (kurz LGBTI) werden jedoch oftmals nicht anerkannt und marginalisiert.

Aufgrund ihrer Lebensform resp. Geschlechtsidentität werden sie Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Gerade Jugendliche leiden aufgrund der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz oder Anerkennung unter gesundheitlichen Problemen und sind öfter mit Suizidalität konfrontiert. Im LGBTI-Bereich als Fach- und Beratungsstellen tätig sind in der Stadt Bern u.a. die Homosexuelle Arbeitsgruppe Bern (HAB), die Berner Jugendgruppe für schwule und bisexuelle Junge Männer (comingInn) und das Schulprojekt ABQ, auf nationaler Ebene die Lesbianorganisation (LOS), lilaphon.ch, das Transgendernetwerk Switzerland (TGNS), die Schwulenorganisation Pink Cross und der Dachverband Regenbogenfamilien.

Die Fachstelle für die Gleichstellung für Frauen und Männer der Stadt Bern (FFG) setzt sich intensiv und erfolgreich für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Das Mandat der FFG umfasst bisher keine explizite Thematisierung von LGBTI-Themen. In den Städten Zürich und Genf, wurde hingegen der Gleichstellungsauftrag auf LGBTI erweitert. Deshalb bestehen in Bern bisher nur wenige Ressourcen, sich dieser aufkommenden Themen nachhaltig zu widmen.

Zu einer fortschrittlichen und menschenfreundlichen Stadt Bern gehört die Sensibilisierung von BewohnerInnen der Stadt Bern zu LGBTI-Themen, die Beratung von städtischen Angestellten in Fällen von Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität, der Aufbau von Fachwissen im Umgang mit LGBTI-Themen in Abteilungen der Stadtverwaltung sowie im Sozial- und Gesundheitsbereich und an den Schulen.

Die Stadt Bern soll die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transmenschen und Intersexuellen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern fördern. Bei Konsultationen und bei der Vorbereitung von Geschäften sowie bei personal- und besoldungsrechtlichen Erlassen und Massnahmen, die Themen der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität betreffen, muss Fachwissen zugänglich sein. Zudem soll in der Stadt Bern, wie erwähnt, Sensibilisierungsarbeit geleistet werden.

1. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Bedarfsabklärung mit den im Themenfeld LGBTI tätigen Nichtregierungsorganisationen, Dachverbänden und Vereinen in der Stadt Bern zu führen und anschliessend dem Stadtrat Bericht über mögliche Handlungsbereiche zu erstatten.
2. Der Gemeinderat wird ausdrücklich gebeten, dem Stadtrat ein Projekt vorzulegen, das die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transmenschen

und Intersexuellen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern fördert. Dazu soll der aus der Abklärung eruierte Bedarf berücksichtigt werden.

Bern, 08. Mai 2014

Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Seraina Patzen, Lena Sorg, Lilian Tobler, Janine Wicki,

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Esther Oester, Mess Barry, Christine Michel, Sabine Baumgartner, Cristina Anliker-Mansour, Stéphanie Penher, Michael Sutter, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Hasim Sönmez, Fuat Köçer, Lea Kusano, Halua Pinto de Magalhães, Nadja Kehrli-Feldmann, Yasemin Cevik, Peter Marbet, Nicola von Greyerz, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Martin Krebs, Annette Lehmann, Benno Frauchiger, Daniel Imthurn, Sandra Ryser, Michael Köppli, Peter Ammann, Lukas Gutzwiller, Rania Bahnan Büechi, Daniel Klauser, Tania Espinoza Haller, Manuel C. Widmer

Bericht des Gemeinderats

Seit der Einreichung des Postulats im Mai 2014 hat der Stadtrat seinem Anliegen, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen zu fördern, mit der Motion 2015.SR.000148 noch Nachdruck verliehen. Diese fordert den Beitritt der Stadt Bern zum Rainbow Cities Network und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für eine städtische LGBTIQ-Politik. Der Gemeinderat hat die Motion zur Annahme empfohlen und eine entsprechende Auftragsweiterung bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie zusätzliche personelle und Sachmittel gesprochen, um die neue Thematik adäquat verfolgen zu können. Die Motion wurde mit SRB 2016-542 vom 10. November 2016 erheblich erklärt. Der vorliegende Prüfungsbericht trägt dieser Ausgangslage Rechnung.

Zu Punkt 1:

In der Zeit vom 20. bis 27. Februar 2017 wurden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern folgender Organisationen geführt: Homosexuelle Arbeitsgruppen Bern (HAB), Lesbenorganisation Schweiz (LOS), Dachverband Regenbogenfamilien, Transgender Network Switzerland (TGNS), Dachverband der schwulen und bi Männer* (Pink Cross) sowie dem Peer-Beratungsangebot für Jugendliche in der Deutschschweiz «Du-bist-du», das vom Checkpoint Zürich getragen wird. ComingInn und girls@hab – die beiden Jugendgruppen der HAB – nahmen das Gesprächsangebot nicht in Anspruch.

Die Gespräche basierten bereits auf der Voraussetzung, dass die Stadt Bern die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen wird, um eine zuständige Stelle zu schaffen, damit eine proaktive LGBTIQ-Politik angestrebt werden kann. Ziel des Austauschs war es, eine Auslegeordnung der Ziele und Aktivitäten der Organisationen vorzunehmen, den Handlungsbedarf für eine städtische LGBTIQ-Politik aus deren Warte zu eruieren sowie deren Erwartungen an eine städtische LGBTIQ-Ansprechstelle und an eine künftige Zusammenarbeit zu formulieren.

Aufgrund der geführten Gespräche mit den befragten nationalen und lokalen LGBT-Organisationen wurde deutlich, dass der überwiegende Teil der Arbeit im LGBTIQ-Bereich ehrenamtlich geleistet wird. Der finanzielle Spielraum bei allen Organisationen ist sehr eng, da die Arbeit hauptsächlich über Spenden finanziert wird. Die Organisationen sind untereinander vernetzt und arbeiten projektbezogen zusammen. Die einzelnen Teilgruppen – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und intergeschlechtliche Menschen – haben neben den gemeinsamen auch je ihre spezifischen Anliegen, Themen und Herausforderungen. Bei Gleichstellungsbemühungen und Massnahmen zur Reduktion von

Diskriminierung müssten deshalb nicht nur die Anliegen der gesamten LGBTIQ-Community, sondern immer auch die Anliegen der einzelnen Teilgruppen bedacht und berücksichtigt werden.

Als besonders vulnerable Gruppen innerhalb der Community wurden Trans- und intergeschlechtliche Menschen genannt; diese seien in der Regel häufiger und stärker von unterschiedlichsten Formen der Gewalt und Diskriminierung betroffen als Schwule, Lesben und Bisexuelle. Auch junge LGBTIQ-Menschen würden besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, ebenso LGBTIQ-Personen, welche zusätzlich weitere Merkmale aufweisen, die sie für diskriminierende Behandlung besonders anfällig machen (z.B. ausländische Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Behinderung, soziale Stellung, etc.).

Als Erwartung an die Stadt Bern – insbesondere auch in ihrer Rolle als Arbeitgeberin – wurde das Anliegen geäussert, dass sie sich klar und proaktiv für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen einsetzt und angemessene Massnahmen ergreifen möge, um direkte, indirekte, strukturelle und institutionelle Diskriminierung zu reduzieren. Beispielsweise könne solches durch Anpassungen in den personalrechtlichen Grundlagen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erfolgen oder auch, indem Fachpersonen aus dem pädagogischen, sozialen und Gesundheitsbereich sowie Vorgesetzte, Personalverantwortliche, Mitarbeitenden auf Ämtern, Behörden und der Polizei für den professionellen Umgang mit LGBTIQ-Personen geschult und für die tatsächliche Geschlechter- und Familienvielfalt sensibilisiert werden.

Weiter würde von einer städtischen Ansprechstelle für LGBTIQ-Anliegen erwartet, dass sie eine Vernetzungs- und Koordinationsfunktion übernimmt und gewährleistet wäre, dass Anfragen rasch an die geeignetste Stelle weitergeleitet werden. Mehrfach wurde auch erwähnt, dass es wünschenswert wäre, wenn bestehende Angebote und Strukturen für LGBTIQ-Menschen aus der Stadt Bern mit finanzieller Unterstützung der Stadt Bern ausgebaut und professionalisiert werden könnten (z.B. Beratungsangebote, nicht-kommerzielle Räume und Begegnungsmöglichkeiten, Informationsbroschüren). Keinesfalls solle von der Stadt ein konkurrenzierendes Parallelangebot geschaffen werden.

Alle genannten Handlungsfelder sind auch in der aktuellen Literatur zur rechtlichen und psychosozialen Situation von LGBTIQ-Menschen wiederzufinden.

(vgl. z.B. Sexuelle Gesundheit SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz (Hrsg.) / Alecs Recher (Autor): Sexuelle und reproduktive Gesundheit und diesbezügliche Rechte – eine Bestandesaufnahme zum Recht der UNO, des Europarates und der Schweiz. Bern 2017. URL: https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/01/Sexuelle-und-reproduktive-Gesundheit-und-Rechte_1.pdf [Stand des Abrufs: 15.08.2018].

Transgender Network Switzerland TGNS (Hrsg.): Ergebnisse aus zwei Studien (2014, 2018) zur Arbeitssituation von trans Menschen in der Schweiz (URL: <https://www.transwelcome.ch/de/informationen/arbeitsituation-von-trans-menschen> [Stand des Abrufs: 23.08.2018].

Gesundheitsförderung Schweiz (2017). Faktenblatt 19: Geschlechtliche und sexuelle Minderheiten in Gesundheitsförderung und Prävention, Zielgruppe Kinder und Jugendliche. URL: https://gesundheitsfoerderung.ch/assets/public/documents/de/5-grundlagen/publikationen/diverse-themen/faktenblaet-ter/Faktenblatt_019_GFCH_2017-02_-_Geschlechtliche_und_sexuelle_Minderheiten.pdf [Stand des Abrufs: 23.08.2018].

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle befragten Organisationen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Bern sehr begrüssen würden und Handlungsbedarf auf städtischer Ebene in folgenden Bereichen sehen:

- Aufbau von Fachwissen und Sensibilisierung für den Umgang mit LGBTIQ-Themen und -Personen in den Direktionen und auf den Dienststellen, insbesondere für Führungskräfte und Personalverantwortliche, aber auch Massnahmen zur Sensibilisierung der gesamten Stadtberner Bevölkerung;

- Unterstützung von LGBTIQ-Personen in Fällen von Diskriminierung und Arbeitskonflikten;
- Kooperationsprojekte mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Zu Punkt 2:

Im Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern der Stadt Bern 2015 – 2018 wurden die Themen sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität eingeführt und mit Massnahme 34 konkretisiert. Diese sieht vor, die personalpolitischen Grundlagen hinsichtlich sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen oder zu erweitern.

Die Förderung der Vielfalt der Bevölkerung – auch hinsichtlich Geschlechtervielfalt und unterschiedlichen sexuellen Orientierungen – wurde vom Gemeinderat auch im Legislaturziel 1 der Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 explizit festgehalten. Im neuen Aktionsplan zur Gleichstellung 2019 – 2022, welcher unter der Federführung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann erarbeitet wird, wird die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen integrativ erfolgen. Es sind sowohl Massnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern als auch Massnahmen zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen vorgesehen. Die Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte erfolgt einerseits unter Berücksichtigung des aktuellen Wissensstands über die rechtliche und soziale Situation und die Alltagsprobleme von LGBTIQ-Menschen sowie vor dem Hintergrund der allgemeinen Grundsätze der Gewaltprävention und der unterschiedlichen Methoden der Intervention zur Reduktion von Vorurteilen, Gewalt und Diskriminierung gegenüber Minderheitsgruppen. Andererseits werden mögliche Schwerpunkte und Handlungsfelder in einem partizipativen Prozess unter Einbezug von Personen aus der Zivilgesellschaft und Personen mit Expertise zu LGBTIQ-Themen kritisch diskutiert. Die Festlegung konkreter Massnahmen wird im März 2019 abgeschlossen sein.

Angesichts der eingangs erwähnten Motion «Beitritt Berns zur Übereinkunft Rainbow Cities Network» wurden anstelle der Umsetzung weiterer punktueller Projekte die notwendigen Vorarbeiten geleistet für die Erweiterung des Gleichstellungsauftrags von Frau und Mann auf die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen.

Unter anderem damit die neuen Verpflichtungen, die mit einem Beitritt zum Netzwerk der «Rainbow Cities» verbunden sind, wahrgenommen werden können, wurde eine zusätzliche Projektleitungsstelle bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Präsidialdirektion mit Schwerpunkt LGBTIQ geschaffen.

Der von den befragten zivilgesellschaftlichen LGBT-Organisationen genannte Handlungsbedarf sowie die Handlungsfelder, die aufgrund des aktuellen Wissensstands über die rechtliche und soziale Situation und die Alltagsprobleme von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und queeren Menschen wichtig erscheinen, lassen sich gut vereinbaren mit den Zielen des «Rainbow Cities Netzwerks», zu deren Umsetzung sich auch die Stadt Bern als zukünftiges Mitglied verpflichtet.

Bern, 17. Oktober 2018

Der Gemeinderat